

# Widerstand gegen Fusionsverhandlungen

Ein Komitee will weitere Verhandlungen zwischen Risch und Meierskappel verhindern – im Juni ist Urnenabstimmung

*Der Gemeinderat hatte sich Ende April positiv zu weiteren Fusionsverhandlungen mit Meierskappel geäussert. Nun wurde ein Flugblatt gegen weitere Verhandlungen an alle Haushalte geschickt.*

Der nächste wichtige Entscheid über weitere Fusionsverhandlungen von Risch mit der Luzerner Gemeinde Meierskappel wird an der Urnenabstimmung am 5. Juni 2005 getroffen. Dann soll die Bevölkerung entscheiden, ob der Gemeinderat weitere Schritte einleiten soll. Mit der Abstimmung soll zudem ein Kredit für weitere Abklärungen in der Höhe von 400 000 Franken bewilligt werden, die Hälfte davon wird Meierskappel tragen. Bereits die 186 Seiten umfassende Grundlagenstudie aus dem Jahr 2004 kostete 80 000 Franken.

Gegen die Weiterführung der Verhandlungen wehrt sich nun ein Nein-Komitee und verschickt ein Flugblatt an alle Rischer Haushalte. Publik gemacht wurde das Vorhaben von Moritz Betschard und Peter Hausherr. Neben Privatpersonen unterstützen auch verschiedene Politiker das

Anliegen. Vor kurzem hatte sich sogar die FDP Risch-Rotkreuz gegen weitere Fusionsverhandlungen ausgesprochen. In ihrem Flugblatt führt das Nein-Komitee verschiedene Argumente gegen weitere Verhandlungen auf. Ein Hauptanliegen ist das Geld. Wenn an der Urne Ja gesagt würde, müsste Risch als Testgemeinde auch die weiteren Kosten tragen. Weiter befürchtet das Komitee höhere Steuern durch die sinkende Steuerbelastung von Meierskappel und die gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen von Risch im Falle einer Fusion.

Argumente, die Gemeindepräsidentin Maria Wyss nicht teilen kann: «Wir haben schon einmal klar gesagt, dass die Steuern nicht steigen dürfen. Auch nicht durch die Zusatzbelastungen des neuen Finanzausgleichs (NFA) oder durch die Zuger Finanz und Ausgabenreform (ZFA).» Den weiteren Verhandlungsprozess sieht Wyss durch das Nein-Komitee nicht gefährdet, im Gegenteil, sie begrüsst den demokratischen Prozess: «Wir sind froh, wenn die Bevölkerung ihre Meinung äussert, denn eine Fusion muss durch das Volk getragen werden. Das ist nicht ein Ent-

scheid des Gemeinderats.» Allerdings räumt sie ein, dass sich verschiedene Voraussetzungen zwischenzeitlich geändert hätten, so habe etwa Meierskappel seine Verschuldung massiv senken können.

## Luzern will Haltung überdenken

Weitere Probleme sieht das Komitee in den schwierig bezifferbaren Folgekosten für Schule, Strassen oder die Kanalisation. Zudem basiere der Rückfluss der Investitionen im Wesentlichen auf dem Bau von 220 zusätzlichen Häusern. Das dazu not-

wendige Land müsse aber erst eingezont werden. Bevor nun weitere Rischer Steuergelder für Abklärungen eingesetzt würden, müsste der Kanton Luzern zuerst ein positives Zeichen setzen. Gemäss Komitee lehnt die Luzerner Regierung und der Grossrat eine kantonsübergreifende Gemeindefusion ab. In dieser Angelegenheit gab es an der Arena-Veranstaltung vom 2. März 2005 allerdings einen Lichtblick (ZP vom 4. März 2005). Die Luzerner Regierungsrätin Yvonne Schärli erklärte damals, dass wenn sich die beiden Gemeinden einigen

würden, auch die Luzerner Regierung ihre bisherige Haltung überdenken werde. Der Gemeindepräsident von Meierskappel, Armin Huber, wertete diese Aussage an diesem Abend als Erfolg: «Das jetzt Gesprächsbereitschaft seitens der Regierung signalisiert wurde, ist ein wesentlicher Fortschritt für uns.»

Über 250 Personen besuchten damals die Veranstaltung, im Vorfeld wurden Jassabende zur Anregung der Fusionsdiskussion veranstaltet. Ein Baucontainer auf dem Rotkreuzer Dorfplatz diente in den Wintermonaten als

Dialogplattform und die verüllte Plastik «Rischhorn» sollte zum Nachdenken anregen. Nun müssen sich die Stimmbürger entscheiden, ob sie den bisherigen Weg zu einem Gemeindegemeinschaftszusammenchluss weitergehen wollen. Bei Annahme der Abstimmung sollen Daten und Fakten erarbeitet werden, um das Projekt auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Dem hält das Nein-Komitee entgegen, dass die Rischer und Meierskappeler auch ohne Fusion in einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis zusammenleben werden.

FRIITZ LEHMANN

## Meierskappel reduzierte die Verschuldung im letzten Jahr massiv

Gestern präsentierte die Gemeinde Meierskappel ihren Rechnungsabschluss für das Jahr 2004. Aufgrund des guten Rechnungsabschlusses 2004 ist die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde Meierskappel unter den kantonalen Durchschnitt von 3511 Franken (Stand 31.12.2003) gesunken.

Die Verschuldung hat um 1839 Franken abgenommen und beträgt noch 3484 Franken. Folgende Gründe führten zu dieser

Reduktion: Das Rechnungsjahr 2004 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund einer Million Franken ab. Dieser Überschuss entstand vor allem bei den Steuereinnahmen. So resultierten aus Nachträgen aus früheren Jahren rund eine halbe Million Franken Mehreinnahmen als budgetiert. Auch bei den laufenden Steuern betrug der Mehrertrag rund 300 000 Franken. In einem internen Papier der Steuerverwaltung Luzern

wird jedoch festgestellt, dass die Veranlagungsrückstände bei den juristischen Personen weitgehend abgebaut sind. Im Weiteren fielen der Gemeinde Grundstücksgewinnsteuern von mehr als 500 000 Franken zu, ausgelöst durch die rege Bautätigkeit und der daraus resultierenden Verkäufe von Bauland. Die Investitionsrechnung schloss mit Nettoeinnahmen von rund 182 000 Franken ab. Der Gemeinderat Meierskappel stellt

daher an der Gemeindeversammlung vom 8. Juni 2005 den Antrag, dass der Ertragsüberschuss von rund einer Million Franken als Abschreibung des noch bestehenden Bilanzfehlbetrags von rund 680 000 Franken verwendet werden soll. Darüber hinaus beantragt der Gemeinderat zusätzlich rund 144 000 Franken zur Abschreibung zu verwenden. Die restliche Summe soll dem Eigenkapital zugewiesen werden. (PD/FL)